

Ausschnitt aus:

Thomas Ruppenthal: Die Umkehrung des Dominoeffekts – Eine Idee setzt sich durch
Rinck Verlag Rostock

Ohne Perspektiven geht ein Volk zugrunde

In vielen Städten Mecklenburg – Vorpommerns hängen sie, die Banner, die dem Autofahrer signalisieren sollen, wie tolerant, weltoffen, vielfältig, demokratisch und antirassistisch es hier zugehen soll. Aufmärsche von Neonazis werden von zahlenmäßig weitaus größeren Aufmärschen von engagierten und entsetzten Bürgern wenn nicht verhindert, dann aber wenigstens abgedrängt oder zumindest mit „Nazi – Raus - Rufen“ zugeschüttet. Viele engagierte Einzelpersonen, bunte Bürgerbündnisse und streitbare demokratische Regionalzentren versuchen einen Nationalismus zu verhindern, der Deutschland und Mecklenburg schon einmal in eine Katastrophe geführt hat.

Aber irgendwie scheint es nicht zu gelingen, diesen wiedererstarkenden Nationalismus, den damit verbundenen Rassismus und die Diffamierung der demokratischen Parteien wirksam zu bekämpfen. In einem „Gutachten zur Umsetzung der Bundesprogramme und des Landesprogramms für Vielfalt, Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Mecklenburg-Vorpommern“ der Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald/Universität Rostock³ bringen die Autoren diese Erfolglosigkeit auf den Punkt. Demokratieablehnende Haltungen, so schreiben die Autoren, scheinen sich dabei in stärkerem Maße in „*abwärtsdriftenden Regionen*“ festzusetzen. „*Diese zeichnen sich durch einen Rückgang ökonomischer Prosperität und auch durch den Abbau demokratischer und gesellschaftlicher Strukturen (z.B. Schulen, Jugendarbeit, Polizeistationen, Krankenhäuser) aus. Eine Stärkung politischer Orientierungslosigkeit ist zusätzlich bedingt durch die mangelnde Transparenz politischer Planungen und zu erwartender Entwicklungen. Besonders die Erzeugung von Angst vor dem dauerhaften Abbau notwendiger Infrastrukturen bei gleichzeitiger Infragestellung des individuellen gesellschaftlichen Status und völlig unklarer Zukunftsperspektiven für die eigene Region fördert das Infragestellen von demokratischer Politik*“. Was hier als Problem ganzer Regionen beschrieben wird, zeigt sich im Kleinen in den ehemaligen Plattenbaugebieten und Siedlungen, die mehrheitlich von arbeitslosen Menschen oder sogenannten „Aufstockern“ (deren Lohn nicht ausreicht sich selbst zu ernähren und die deshalb von der Zuzahlung der ARGE abhängig sind um ihr Leben zu meistern), allein erziehenden Müttern, Migranten und kinderreichen Familien bewohnt sind. Förderschulen rekrutieren ihre Schüler aus diesen Vierteln. Überdurchschnittlich viele Schul- und Ausbildungsabbrecher schnüren durch das Viertel und suchen nach irgendeiner Abwechslung.

Der Horizont vieler Menschen ist klein geworden. Wenn das Geld zum Daheimbleiben schon kaum reicht, ist es schon lange zu wenig um aus dem Viertel heraus zu kommen. Wie soll sich Weltoffenheit und Toleranz anderen und fremden Menschen gegenüber entwickeln, wenn das Leben so eng geworden ist. In den Wohn- und Schlafzimmern läuft meist kein Bildungsfernsehen, sondern die Dauerberieselung der dümmlichen Fernsehserien. Zeitungen können sich viele nicht mehr leisten. Die Werbezeitungen mit den überquellenden Werbeeinlagen der Supermärkte und Discounter ersetzen die politische Bildung. Besuche auf den Arbeitsämtern werden berechtigt oder unberechtigt zu verletzenden und frustrierenden Besuchen. Schon lange fühlen sich viele der Arbeitslosen gegängelt, weil der Arbeitsmarkt gerade in einer Wirtschaftskrise keinerlei Perspektiven bietet.

Die Bewohner der besser beleumundeten Viertel der Innenstadt kommen schon lange nicht mehr in deren Wohnsiedlungen, ja oft kennen sie keinen der Bewohner. Mit Entsetzen registrieren brave Bürger, dass am helllichten Tag eingebrochen wird, dass Gartenhäuschen angezündet werden, Mütter mit ihren Babys nicht klarkommen und Gewalt an den Schulen ein Dauerthema ist.

Längst haben viele Menschen verstanden, dass sie nur noch eine Last für die Behörden, Verschiebemasse für Arbeitsämter bzw. ARGEN und Stoff für ungläubiges Kopfschütteln sind. Was in politischen, sozialen und pädagogischen Programmen mit „Partizipation“ und „Mitbestimmung“ beschrieben wird, findet nicht mehr statt. Welche Möglichkeiten hätten diese Bürger auch politische

Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen? „Die machen doch nur das, was sie wollen!“ ist ein vielgehörtes Argument. Was die Erwachsenen mutlos macht, spiegelt sich – oft unbewusst – in den Erfahrungen ihrer Kinder wieder. Mitten in der augenblicklichen Wirtschaftskrise beschließen Gemeindevertreter Kürzungen im Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Die Öffnungszeiten von Jugendclubs werden herunter gefahren, Ein - Euro-Kräfte ersetzen das Fachpersonal, Fahrten in die Welt außerhalb des Stadtteils, Freizeiten und Lager fallen aufgrund fehlender Unterstützung einzelner Jugendlicher und Familien ganz aus. Junge Mütter und arbeitslose Jugendliche verlieren ihre Heimat im Stadtteil. Wo früher eine spontane Beratung und kurzfristige Unterstützung zwischen Tür und Angel möglich war, finden alle nur noch eine verschlossene Tür und ein totes Telefon vor.

Diese entmutigenden Erfahrungen sind der Stoff, der unsere Demokratie gefährdet. „Der Mensch – seiner Macht beraubt, gegängelt und von der Befriedigung seiner wichtigsten Bedürfnisse wie Selbstbewusstsein, Aufwertung und Anerkennung abgehalten – fühlt eine blinde und zerstörerische Wut in sich aufsteigen, eine depressive Frustration, die sich schließlich in sadistische und diskriminierende Aggressivität verwandelt, also in eine Art Wahn, der schnell zu einem ansteckenden und kollektiven Problem werden kann.“ schreibt der Franzose Charles Rojzmann⁴ – und er muss es wissen. Schließlich arbeitet er in den Banlieus, den französischen Vorstädten die jährlich von Unruhen heimgesucht werden.

Dieser soziale und politische Zustand ist die Stunde der „Kümmerer“. „Darum soll sich die Kommune bzw. der Staat kümmern!“, heißt es nicht selten. Die soziale Arbeit soll sich der Familien und schwierigen Jugendlichen annehmen. Kirchen, Caritas und Diakonie sollen Tafeln und Sozialkaufhäuser einrichten. Die Politik wird verpflichtet Bürgertreffpunkte einzurichten und aufrecht zu erhalten. Der Bau eines Bolzplatzes soll endlich in Angriff genommen werden, Kinderspielplätze erneuert, angemessene Hartz IV-Sätze sollen erstritten werden. Sozialverbände nehmen die Forderungen auf, verweisen auf die Grundrechte oder ihre jeweilige Weltanschauung und sind doch kaum in der Lage, mehr zu tun, als immer kleinere Pflaster auf immer größere Wunden zu kleben.

Geschickt greifen politische Rattenfänger gesellschaftliche Defizite auf und erheben Forderungen, die kaum zu erfüllen sind. Damit verstärken sie die Frustration der Menschen und nutzen diese als „Volkes Stimme“ um ihr politisches Programm in Macht und Einfluss umzumünzen. Diese Rattenfänger haben eine wichtige Lektion gelernt: wer Menschen aus ihrer Bedeutungslosigkeit herausholt, sie vor Ort anspricht, ihre Fragen aufnimmt, wird bei ihnen an Bedeutung gewinnen. Wahlkämpfe werden nicht mehr alleine in den Innenstädten und Kleinstadtzentren entschieden. Wer sich öffentlichkeitswirksam vor Ort „kümmert“, brennt sich im Bewusstsein der Menschen ein. Es ist ein Irrtum zu glauben, ein paar werbewirksam aufgemachte Pauschalver-sprechungen und kurzfristige Projekte alle paar Jahre würden ausreichen, die Nichtanwesenheit der sogenannten demokratischen Parteien aus dem Gedächtnis der Bürger unserer Hochhaussiedlungen vergessen zu machen.

Wir als Kirchen können uns als Teil des Systems nicht vornehm heraushalten und die Welt quasi aus der Beobachterposition beurteilen. Unsere eigenen Denkschriften weisen uns darauf hin, wo wir stehen sollten, nämlich „an der Seite der Armen“. Die Wirklichkeit ist allerdings nicht so eindeutig. Die Profis der kirchlichen Sozialdienste halten den örtlichen Kirchgemeinden die problematischen Fälle vom Hals und vermitteln so den Eindruck, dass diese Aufgabenteilung es ermögliche, sich auf Verkündigung, Seelsorge und die Kasualien zu konzentrieren. Während die einen der Aufrechterhaltung des „Kerngeschäftes“ der Kirche das Wort reden, kämpfen kirchliche Haupt- und Ehrenamtliche, die sich darüber hinaus auch noch sozial und politisch engagieren, am Rande des Burnouts. Eine auf den Mittelstand konzentrierte Kirche muss sich fragen lassen, ob sie die Worte ihres Gründers in die Praxis ihrer Gemeinde und ihre Landes umsetzen kann und von ganzem Herzen will.

Uns als Christen und als Kirchen stellt sich angesichts der Problematik vieler Zeitgenossen die Frage, welche Visionen sie den hat und wie sie diese Visionen konkret umsetzen möchte um Perspektiven aufzuzeigen. Von daher macht es Sinn, sich ein paar Verhaltensweisen, Äußerungen und Beispielgeschichten von Jesus aus Nazaret anzuschauen.

1. Jesus wandert drei Jahre durch Israel und hört täglich, was die Menschen seines Volkes beschäftigt. Was er hört, lässt ihn von einer „Herde ohne Hirten“ sprechen mit der er großes Mitleid empfindet. Damals wie heute erfährt der, der auf der Straße unterwegs ist ungeschützt von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeiten, von den vielfältigen körperlichen und psychischen Problemen. Aber Jesus lässt es beim Mitleiden nicht bewenden. Offen benennt die Fehler des kleinen Mannes wie der politischen und geistlichen Führungselite und ruft zu Umkehr und Neuanfang auf. Im Gegensatz zu denen, die die Stimme des Volkes auf ihre eigenen religiösen und politischen Mühlen lenken wollen, passt er sich nie der augenblicklichen Stimmung an. „Jesus for President“ ist keine Option. Die Revolution des Juden Jesus ist eine leise. Wirkliche Veränderungen entwickeln sich nur dann, wenn Menschen bereit werden, Jesus zuzuhören und dann Konsequenzen aus dem Gehörten zu ziehen. Jesus erliegt nicht

dem Glauben, dass die Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse gleichzeitig auch bessere und gerechtere Menschen hervorbringt.

2. Schon der erste öffentliche Auftritt von Jesus gerät zum Skandal: Gott hat mich geschickt, sagt Jesus, *„den Armen die Gute Nachricht zu bringen, den Gefangenen zu verkünden, dass sie frei sein sollen, und den Blinden, dass sie sehen werden. Den Misshandelten soll ich die Freiheit bringen, und das Jahr ausrufen, in dem Gott sich seinem Volk gnädig zuwendet.“*⁵ So konkret wollten die Zeitgenossen von Jesus die Realität ihrer scheinbar so geordneten sozialen und religiösen Welt vor Augen geführt bekommen. Diese Direktheit und der damit verbundene Aufruf, sich auf die Seite der Armen zu stellen ist mit einer der Gründe, warum Jesus ans Kreuz geschlagen wird.

3. Als Jesus von einem kritischen Zeitgenossen gefragt wird, wer denn eigentlich sein „Nächster“ sei, erzählt Jesus ein bitterböses Gleichnis: ein Mensch wird auf einer Reise überfallen, zusammengeschlagen und ausgeraubt. Obwohl er blutend und nach Hilfe rufend mitten auf der Straße liegt, gehen ein Priester und ein Tempeldiener am Verletzten vorbei. Der, der den Blutenden schließlich verbindet und zum Schluss die Krankenhausrechnung bezahlt, ist ein „Heide“ Damit stellt Jesus die Menschen bloß, die meinen über das „richtige“ religiöse Wissen zu verfügen, aber einen blinden Fleck haben, was den untrennbaren Bezug zwischen Wissen und Handeln betrifft.

4. Im so genannten „Jüngsten Gericht“ am Ende der Zeit lädt Jesus die zu sich ein, die Hungernden zu essen gegeben und deren Durst gestillt haben. Er lobt die, die Fremde bei sich aufgenommen und Nackte gekleidet haben. Er freut sich über die Gefangenen- und Krankenbesuche.⁶

5. So sitzen am Ende der Zeit die Menschen an Gottes großem Tisch, die ihren Glauben und ihre Weltanschauung gegenüber konkreten Menschen an konkreten Orten und in konkreten gesellschaftlichen und politischen Situationen in der Praxis gelebt haben.

Gelingt es Christen und ihren Gemeinschaften nicht, über ihre Ankündigungen und ihre Theologien zu einer Praxis an der Seite der Armen zu kommen, sind sie ein Teil des Problems und nicht der Lösung. Der Verlust des Kontaktes zu den Vergessenen unseres Systems setzt sich neben vielen gesellschaftlichen Institutionen auch im praktischen Handeln der Christen und Kirchen fort.

Diese und andere Hinweise zum Engagement von Christen sind nur ein Anfang. Visionen alleine tragen – auch wenn sie religiös sind - nicht weit. Sie müssen in eine Strategie münden. Gemeinsam mit Christen und allen andern engagierten Menschen, die nicht mehr warten wollen und mit uns kooperieren wollen, müssen jetzt geeignete Wege gefunden werden die Atmosphäre in den Wohnblocks zu beeinflussen und Menschen dort zur Mitarbeit zu gewinnen. Orte, in denen es gelungen ist, Fuß zu fassen, werden zu Leuchttürmen. Jeder weitere Leuchtturm wird zu einer „Insel der Stabilität“ (Broizat) die sich kreativ und engagiert der Depression, der Perspektivlosigkeit und den Einflüssen extremer Gruppen entgegen stellt.

Zwischen den Leuchttürmen werden Verbindungen gezogen und aus den Verbindungen über das Land wird ein Netz. Aus dem ersten kleinen Einsatz mit seinen positiven wie schwierigen Erkenntnissen erwachsen weitere Einsätze. Das erste Team wird durch weitere verstärkt. An anderen konkreten Orten lassen sich Kirchengemeinden, Christen aber auch ganz andere Akteure von den Erfahrungen des ersten Teams anstecken und entwickeln eigene Aktionen. Und aus den Teams und deren Unterstützern wird – das wünsche ich mir – eine neue Bewegung. Eine Bewegung, die sich bereit erklärt über viele Jahre und gegen alle Widerstände den Ist – Zustand unseres Landes zu verändern.